

Ordnungshüter im braunen Sumpf

Immer mehr Fälle von Verstrickungen zwischen Neonazis und Polizisten in Brandenburg. Maulwurf auch bei der sächsischen Polizei?

Markus Bernhardt

Nach und nach geraten immer mehr Informationen über Verstrickungen von Brandenburger Polizeibeamten in die rechte Szene ans Licht der Öffentlichkeit. Recherchen des *Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)* hatten vor einigen Wochen unter anderem ergeben, dass zwei Polizeibeamte Ermittlungen gegen Neofaschisten bewusst vereitelt hätten. Nun brachte eine parlamentarische Anfrage, die ausgerechnet von der sozialchauvinistischen AfD an die sogenannte rot-rote Landesregierung in Brandenburg gestellt worden war, zutage, dass das dortige Innenministerium in insgesamt fünf Fällen Hinweise auf rechte Aktivitäten oder Verstrickungen von Beamten erhalten hatte.

Darunter befindet sich auch der erwähnte Fall zweier Beamter, die bereits im Oktober des vergangenen Jahres mehrere Neonazis in Schwedt, die zuvor den Hitlergruß gezeigt und außerdem »Heil Hitler« gegrölt haben sollen, unbehelligt hätten von dannen ziehen lassen. Einer der beiden Beamten soll außerdem an Aufmärschen von Neofaschisten teilgenommen haben. Gegen ihn läuft aktuell ein Disziplinarverfahren. Außerdem wird wegen des Vorwurfs der »Strafvereitelung im Amt« gegen ihn ermittelt (*jW* berichtete).

In einem anderen Fall, der in der Antwort der Landesregierung auf die AfD-Anfrage ebenfalls erwähnt wird, geht es um zwei Polizeischüler, die der »Volksverhetzung« bezichtigt wurden und gegen die noch immer ein Entlassungsverfahren wegen »charakterlicher Nichteignung für den Polizeiberuf« läuft.

Im Fall einer Polizeibeamtin aus der Uckermark wurde hingegen Bildmaterial von der Hochzeit der Frau bekannt. Darauf ist ihr Mann zu sehen, wie er den sogenannten Hitlergruß zeigt und mit einer Hakenkreuzbinde ausgestattet ist. Aktuell läuft auch gegen die Beamtin ein Disziplinarverfahren. Das Ziel der Behörde sei ebenfalls die Entlassung der Beamtin aus dem Polizeidienst.

Als Konsequenz aus den Enthüllungen sprach sich die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag erneut für die Einrichtung einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle aus, wie sie die Linkspartei in anderen Landesparlamenten bereits mehrfach gefordert hatte. »An eine solche Stelle hätten Informationen zu den Missständen auch unter Umgehung des regulären Dienstweges sofort gemeldet werden können«, so die innenpolitische Sprecherin der Grünen, Ursula Nonnemacher. Um ihre Unabhängigkeit zu wahren, müsse diese Ombudsstelle jedoch am Landtag angesiedelt sein und dürfe nicht dem Innenministerium unterstehen, so die Abgeordnete weiter. Nur so sei künftig auszuschließen, dass »Vorfälle dieser Art aus Angst vor dienstlichen Konsequenzen und falsch verstandenem Korpsgeist unter der Decke gehalten werden können.«

Nach der ersten Berichterstattung des *RBB* im August hatte Brandenburgs Polizeipräsident Hans-Jürgen Mörke eine Untersuchungsgruppe eingerichtet. Insgesamt 14 Beamte befragten seitdem 89 Mitarbeiter der Polizei, um Licht ins Dunkel der Verstrickungen von Beamten in die rechte Szene zu bringen. Derlei skandalöse Verhältnisse gibt es aber keineswegs nur in Brandenburg. Offenbar verfügen auch in Sachsen

Polizisten über ein gutes Verhältnis zu extremen Rechten und Rassisten. So hatte Pegida-Gründer Lutz Bachmann vor wenigen Tagen interne Informationen der Polizei auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht. Die Einträge sind mittlerweile zwar wieder gelöscht, trotzdem sucht die sächsische Staatsanwaltschaft nun nach Beamten, die möglicherweise Interna an die Rechten durchgestochen hatten.

Nicht zuletzt hatte in der westdeutschen Neonazihochburg Dortmund vor einigen Wochen ein mögliches Leck bei der Polizei für Aufsehen gesorgt. So war eine Anmelderin von antifaschistischen Kundgebungen von Neonazis bedroht worden, denen offenbar die internen Anmeldedaten der Nazigegnerin vorlagen. Der Vorgang wurde nicht aufgeklärt.

<http://www.jungewelt.de/2015/09-28/046.php>